

## Peru: neoliberaler Musterschüler in der Krise

Müller, Katharina

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Müller, K. (1999). *Peru: neoliberaler Musterschüler in der Krise*. (Brennpunkt Lateinamerika, 17). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444118>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



# BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

---

Nummer 17

13. September 1999

ISSN 1437-6148

---

## Peru: Neoliberaler Musterschüler in der Krise

Katharina Müller

Europäische Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)

*Die Fujimori-Regierung folgt seit nunmehr neun Jahren neoliberalen Wirtschaftsrezepten. Nach ersten Erfolgen bei der makroökonomischen Stabilisierung und tiefgreifenden Struktur-reformen, die dem ökonomischen Protagonismus des Staates und der Protektion des Binnenmarktes ein Ende machten, ist die peruanische Ökonomie nun in eine Krise geraten, die Fragen hinsichtlich der Adäquanz der marktradikalen Strategie aufwirft.*

Seit Anfang 1998 war die peruanische Volkswirtschaft einer Reihe von externen Schocks ausgesetzt, die in eine Wirtschaftskrise mündeten. Die jüngste Rezession legt die Grenzen des lehrbuchhaften Neoliberalismus offen, wie er in Peru seit Mitte 1990 betrieben wird. Dieser wirtschaftspolitische Kurs markierte einen bewußten Bruch mit zwanzig Jahren staatsinterventionistischer Entwicklungsstrategie. Die Fujimori-Regierung vollzog damit den globalen ökonomischen Paradigmenwechsel hin zum marktorientierten „Washington Consensus“ nach. Im folgenden wird eine kritische Bilanz der jüngsten peruanischen Wirtschaftspolitik gezogen. Welche Erfahrungen sind in Peru in fast einem Jahrzehnt des Neoliberalismus gemacht worden? Ist es gelungen, einen dauerhaften Wachstumsprozeß einzuleiten und die strukturellen Probleme der peruanischen Volkswirt-

schaft zu beheben? Konnten die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessert werden?

### Neoliberale Stabilisierungs- und Struktur-anpassungspolitik

Der Kontext, in dem sich die neugewählte Fujimori-Regierung 1990 für das neoliberale Paradigma entschied, hätte kaum dramatischer sein können: Ende der achtziger Jahre steckte Peru in einer tiefen Wirtschaftskrise (vgl. Tabelle 1). Das Bruttoinlandsprodukt war 1988 um 8,7% und 1989 um 11,7% eingebrochen, während die monatlichen Inflationsraten im ersten Halbjahr 1990 durchschnittlich 35% erreicht hatten.

Den Auftakt für Fujimoris Stabilisierungspolitik bildete der im August 1990 durchgeführte sogenannten „Fujischock“, der auf die Korrektur der verzerrten relativen Preise abzielte

Tabelle 1: Peru: Ökonomische Indikatoren, 1989–1998										
Jahr	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Bruttoinlandsprodukt (reales Wachstum in %)	-11,7	-3,7	2,9	-1,7	6,4	13,1	7,3	2,5	7,2	0,7
Inlandsnachfrage (reales Wachstum in %)	-18,1	-0,3	4,4	-1,4	6,4	14,6	11,9	0,2	6,7	-0,2
Kumulierte Jahresinflation	2.775,3	7.649,7	139,2	56,7	39,5	15,4	10,2	11,8	6,5	6,0
Investitionen (in % des BIP)	17,8	15,8	16,6	16,6	18,6	21,8	24,4	23,3	24,4	24,3
Ausländ. Direktinvestitionen (in % des BIP)	4,0	3,6	3,3	3,6	4,1	8,9	10,1	11,0	11,9	12,8
Auslandsverschuldung (in % des BIP)	67,0	62,5	60,5	63,3	67,0	60,1	56,5	55,4	43,7	47,7
Devisenreserven (in Mio. US\$)	357	531	1.304	2.001	2.742	5.718	6.641	8.540	10.169	9.183
Wechselkurs* (real, August 1990 = 100)	134,8	103,5	84,1	80,8	89,5	82,0	77,9	78,3	80,3	83,6
Saldo der Leistungsbilanz (in % des BIP)	-1,8	-3,8	-3,6	-5,0	-5,6	-5,3	-7,3	-5,9	-5,0	-6,0
Saldo der Kapitalbilanz (in % des BIP)	-4,0	-1,9	-0,2	2,0	4,5	7,8	5,2	5,7	9,0	3,4
Dollarisierung										
– Einlagen**	41	76	80	84	86	82	79	81	79	82
– Kredite***	34	52	61	71	77	74	71	74	77	80

\* Index des realen Wechselkurses für den Ankauf von US\$ (unter Berücksichtigung des US-Preisindex).

\*\* Dollareinlagen in Prozent der Gesamteinlagen.

\*\*\* Dollarkredite in Prozent der Gesamtkredite.

Quelle: Banco Central de Reserva del Perú (BCRP); eigene Berechnungen.

zielte und eine orthodox-rezessive Inflationsbekämpfung einleitete. Ab 1991 wurden dann umfassende Strukturreformen in Angriff genommen. Programmatisches Herzstück bildete dabei die umfassende Privatisierung der vormals über hundert Staatsunternehmen. Die institutionelle Neuordnung beinhaltete jedoch auch die Liberalisierung des Außenhandels, die Freigabe des Wechselkurses und die Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen. Hinzu kamen eine Deregulierung und Entstaatlichung des Finanzsektors sowie eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Schließlich machte die Liberalisierung des Bodenmarktes, die eine Reprivatisierung aller landwirtschaftlichen Nutzflächen ermöglicht, die Agrarreform der Militär-

regierung Velasco Alvarado (1968-75) faktisch rückgängig.

Es steht außer Frage, daß die neoliberale Wirtschaftspolitik der Fujimori-Regierung einige bedeutende Erfolge erzielt hat (vgl. Tabelle 1). In diesem Zusammenhang ist insbesondere die drastisch reduzierte Inflationsrate zu nennen: Betrug die kumulierte Jahresinflation 1990 noch 7.650%, so waren es 1998 nur noch 6%. Auch ist es gelungen, das Vertrauen der Investoren wiederzugewinnen: Die Investitionen stiegen von 15,8% des BIP (1990) auf 24,3% (1998). Besonders ausgeprägt ist der Aufwärtstrend bei den ausländischen Direktinvestitionen, die sich seit 1989 mehr als verdreifacht haben. Die Devisenreserven der Zentralbank erreichten mit

US\$ 10 Mrd. im Jahre 1997 einen historischen Höchststand. Die Auslandsverschuldung wurde von 67% (1989) auf 48% des BIP gesenkt (1998), muß aber im internationalen Vergleich immer noch als sehr hoch gelten.

Trotz der genannten positiven Trends kann der in Peru eingeleitete wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel nicht uneingeschränkt als erfolgreich gelten. Das vorliegende statistische Material deutet darauf hin, daß das neoliberale Modell im peruanischen Kontext in dreifacher Hinsicht an seine Grenzen stößt: Die monetäre, außenwirtschaftliche und soziale Performanz der Fujimori-Regierung fordert einige kritische Einwände heraus.

### **Monetäre Grenzen des neoliberalen Modells**

Der peruanische Finanzsektor war Anfang der neunziger Jahre grundlegend reformiert worden. Noch in den achtziger Jahren hatte der Staat über seine umfangreichen Beteiligungen 50–60% des Kredit- und Einlagenvolumens kontrolliert. In Übereinstimmung mit der von der Fujimori-Regierung vorgenommenen Neudefinition der ökonomischen Rolle des Staates trennte sich dieser nun von seinem Engagement im Entwicklungs-, Regional- und Geschäftsbankensektor. Dabei wurden die rentablen Geldinstitute privatisiert, während die übrigen aufgelöst wurden. Gesetzliche Zutrittsbarrieren für ausländische Investoren wurden beseitigt; diese halten inzwischen 40% des Kapitals im peruanischen Bankensektor. Die Reorganisation des peruanischen Finanzsektors hat zweifellos dazu beigetragen, die Voraussetzungen für eine funktionierende Finanzintermediation zu verbessern. Nachdem die Aktiv- und Passivzinsen freigegeben und die Inflationsraten abgesenkt worden waren, bildete sich allmählich ein positives Realzinsniveau heraus. Erwähnenswert ist auch die Etablierung einer unabhängigen Zentralbank, die jetzt nur noch dem Erhalt der Geldwertstabilität verpflichtet ist. Die erfolgreiche Inflationsbekämpfung scheint anzudeuten, daß der Binnenwert der peruanischen Währung stabilisiert werden konnte. Ein monetärer Indikator gibt jedoch Anlaß zur Besorgnis: Der Dol-

larisierungsgrad im peruanischen Bankensektor ist nach wie vor sehr hoch (vgl. Tabelle 1).

Die Dollarisierung des peruanischen Finanzsektors begann 1977, als sog. CBME-Zertifikate, als liquide Geldanlage in US\$ eingeführt wurden, um die Kapitalflucht einzudämmen und die Devisenreserven aufzustocken. Bedenklich ist, daß die Dollarisierungstendenz in den neunziger Jahren trotz aller Bemühungen um real- und geldwirtschaftliche Reformen steigend ist. Lauteten im Jahre 1989 41% aller Einlagen und 34% aller Kredite auf US\$, so waren es 1998 nicht weniger als 82 bzw. 80%. Die fortschreitende Währungssubstitution reflektiert ein unzureichendes Vertrauen der wirtschaftlichen Akteure in die eigene Währung, insbesondere im Hinblick auf deren Wertaufbewahrungsfunktion. Darüber hinaus hat die Dollarisierung auch gravierende mikro- und makroökonomische Konsequenzen.

Die negativen Folgen der Dollarisierung sind geld- und wechselkurspolitischer Natur. Geldpolitische Implikationen ergeben sich daraus, daß ein erheblicher Teil der Geldmenge auf Fremdwährung lautet, deren Angebot außerhalb des Einflusses der Zentralbank bestimmt wird. Das Steuerungspotential der Zentralbank bezieht sich also nur noch auf einen Bruchteil der Geldmenge und wird damit drastisch reduziert. Zudem gibt es für die heimischen Dollaroperationen keinen „*Lender of Last Resort*“, da die peruanische Zentralbank ja keine US-Währung emittieren kann.

Hinzu kommt, daß jede Verschlechterung des Außenwertes der peruanischen Währung (Abwertung) den Bankensektor destabilisiert. Bei binnenmarktorientierten Unternehmen, die sich in Dollar verschulden, diese Währung aber nicht erwirtschaften, entstehen offene Bilanzpositionen. Bei einem drastischen Wertverlust der peruanischen Währung gegenüber dem US\$ erhöht sich bei diesen Kreditnehmern das Insolvenzrisiko. Insofern ist die Vergabe von Dollar-krediten auch für die Gläubigerbanken nicht unproblematisch, da die Qualität des Kreditportfolios in hohem Maße an die Wechselkursentwicklung gekoppelt ist.

## **Außenwirtschaftliche Grenzen des neo-liberalen Modells**

Der externe Sektor stand im Mittelpunkt der von der Fujimori-Regierung Anfang der neunziger Jahre eingeleiteten Strukturreformen. Das hochkomplexe System tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse aus den Zeiten der Importsubstitutionsstrategie wurde binnen eines Jahres radikal reformiert und durch ein zweistufiges Zollsystem mit Importtarifen von 15 bzw. 25% ersetzt. Die bisherigen Förderungsmöglichkeiten für nichttraditionelle Exporte wurden beseitigt und sämtliche nichttarifäre Handelsbeschränkungen abgeschafft.

Infolge dieser abrupten Öffnung der peruanischen Volkswirtschaft rutschte die Handelsbilanz 1991 in die roten Zahlen. Das Handelsbilanzdefizit hat sich in den letzten acht Jahren mehr als verzehnfacht und stieg von US\$ 189 Mio. (1991) auf US\$ 2.465 Mio. (1998). Die nach mehr als zwanzig Jahren Binnenmarktprotektion wenig wettbewerbsfähigen peruanischen Unternehmen konnten der ausländischen Billigkonkurrenz nicht standhalten. Dies gilt vor allem für den Konsumgüterbereich: Während die Gesamtimporte zwischen 1989 und 1998 um 260% stiegen, legten die Konsumgütereinfuhren um 640% zu. Damit war die verarbeitende Industrie Perus von der schonungslosen Außenhandelsliberalisierung der Fujimori-Regierung besonders stark betroffen.

Die Exporte stiegen zwischen 1989 und 1998 um lediglich 62%, so daß sie mit der beschriebenen Importdynamik nicht Schritt halten konnten. Bei seiner Weltmarktintegration setzt Peru noch immer sehr stark auf die Ausfuhr von nicht oder nur gering verarbeiteten Produkten der Bergbau- und Agrarenklaven. Das Land ist damit der Volatilität der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt ausgesetzt und leidet seit Jahrzehnten unter der permanenten Verschlechterung der *Terms of Trade* – ein Trend, der sich auch in den neunziger Jahren weiter fortsetzte.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der peruanischen Exportwirtschaft wurde durch eine Politik des „billigen Dollars“ zusätzlich beeinträchtigt (vgl. Tabelle 1), die auch für den

oben erwähnten Importboom mitverantwortlich ist. Zu Beginn der Ära Fujimori wurde zwar der Übergang zu einem flexiblen Wechselkurs – bei punktuellen Devisenmarktinterventionen der peruanischen Zentralbank – vollzogen, doch die Überbewertung des *Nuevo Sol* konnte nicht beseitigt werden. Dieses Phänomen wird damit erklärt, daß die abrupte Außenhandelsliberalisierung von einer simultanen Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen begleitet wurde. Der Zustrom von Auslandskapital und die resultierenden Devisenzuflüsse führten – als unerwünschter Nebeneffekt – zu einem vergleichsweise niedrigen Dollarpreis, der sich negativ auf die Exporte auswirkte. Eine andauernde Überschußnachfrage nach Fremdwährung ergibt sich auch aus der oben beschriebenen Dollarisierung des heimischen Finanzsystems, da Schuldner, die Dollarkredite aufgenommen haben und keine Fremdwährung erwirtschaften, die Fremdwährung zur Zinszahlung auf dem Devisenmarkt ankaufen müssen.

Bis 1997 gelang es, die steigenden Handelsbilanzdefizite über den Zustrom von Auslandskapital auszugleichen, so daß die peruanische Zentralbank trotzdem einen permanenten, Zahlungsbilanzinduzierten Devisenzufluß zu verzeichnen hatte. 1998 ging diese Rechnung nicht mehr auf: Die Finanzkrisen in Asien und Rußland führten zu einem massiven Rückzug ausländischer Investoren aus den „*Emerging Markets*“ und lösten auch in Peru Zahlungsbilanzprobleme aus, in deren Folge sich die Devisenreserven der peruanischen Zentralbank um mehr als eine Milliarde US\$ verminderten (siehe unten). Die jüngsten externen Schocks legten also die außenwirtschaftlichen Schwachpunkte des gegenwärtigen ökonomischen Modells offen.

## **Soziale Grenzen des neoliberalen Modells**

Die von der Fujimori-Regierung verfolgte neoliberale Strategie wurde von hohen sozialen Kosten begleitet. Die Privatisierungen und Restrukturierungen im Unternehmenssektor hatten einen massiven Stellenabbau zur Folge, während die Deregulierung des Arbeitsmarktes zu einer Entrechtung und finanziellen Schlechter-

stellung von Arbeitnehmern führte. Nach wie vor ist knapp die Hälfte der peruanischen Erwerbsbevölkerung arbeitslos oder unterbeschäftigt, was in der Praxis bedeutet, daß sie sich um eine prekäre Existenzsicherung im informellen Sektor bemühen muß.

Nach Berechnungen der Weltbank hat sich die Einkommensungleichheit in den neunziger Jahren weiter verschärft, und obwohl der „*Human Development Index*“ der UNDP Peru immer noch hinter Kuba und Nordkorea platziert, waren die Sozialausgaben der Fujimori-Regierung bislang eher bescheiden. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds betrugen die öffentlichen Ausgaben zur Armutbekämpfung zwischen 0,3 und 0,5% des BIP (1992–1997), während allein für die Zinszahlungen an ausländische Gläubiger im gleichen Zeitraum mehr als das Zehnfache aufgewendet wurde. Die geringe Priorität, die das Fujimori-Regime der Sozialpolitik zumißt, findet auch in der Tatsache Ausdruck, daß sich die peruanische Regierung erst im jüngsten IWF-Abkommen – also neun Jahre nach ihrem Amtsantritt – dazu verpflichtete, ein „Set sozialer Schlüsselindikatoren zu entwickeln, um Verbesserungen messen und Programmfortschritte beurteilen zu können“ (vgl. Government of Peru: Letter of Intent, Lima, 7. Juni 1999, S. 7).

<b>Tabelle 2:</b>				
<b>Armut und absolute Armut, 1979–1997</b>				
<b>(in % der Gesamthaushalte)</b>				
	1979	1986	1995	1997
In Armut lebende Haushalte				
– gesamt	46	52	41	37
– Stadt	35	65	33	25
– Land	65	64	56	61
In absoluter Armut lebende Haushalte				
– Stadt	21	25	18	18
– Land	37	39	35	41

Quelle: Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL).

Obwohl das peruanische Pro-Kopf-Einkommen seit 1993 ein deutliches Wachstum verzeichnete, konnte es 1997 erst wieder das Niveau von

1970 (!) erreichen. Wie ein Blick auf Tabelle 2 zeigt, gelang es der Fujimori-Regierung zwar, die Anzahl der in Armut lebenden Haushalte leicht zu senken; diese muß allerdings mit 37% der Gesamthaushalte immer noch als besorgniserregend hoch gelten. Zudem sind die ländlichen Gebiete von dem positiven Trend ausgenommen; dort lebten im Jahre 1997 61% der Haushalte in Armut, 41% sogar in absoluter Armut.

Die soziale Schlagseite des neoliberalen Modells besteht jedoch nicht nur darin, daß die Sozialausgaben der Fujimori-Regierung bislang nicht ausreichend waren, um die Lebensbedingungen der peruanischen Bevölkerung spürbar zu verbessern. Die neoliberalen Entstaatlichungsbemühungen machten auch vor den sozialpolitischen Institutionen nicht halt, deren Funktionen weitestgehend privatisiert werden sollen.

Mit der Teilprivatisierung der Alterssicherung, die Mitte 1993 erfolgte, wurde in dieser Hinsicht ein Präzedenzfall geschaffen. In Abwandlung des chilenischen Vorbilds wurden private Pensionsfonds, die sog. *Administradoras de Fondos de Pensiones* (AFPs), ins Leben gerufen. Damit erwuchs der unter finanziellen und administrativen Schwierigkeiten leidenden staatlichen Rentenversicherung erstmals eine direkte Konkurrenz, wobei ein individuelles Kapitalisierungsmodell an die Stelle des Generationenvertrages trat. Der partielle Übergang vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren und die damit verbundene Anerkennung der bisherigen Rentenansprüche schlägt mit US\$ 10–12 Mrd. zu Buche. Diese Kosten müssen von der gesamten peruanischen Bevölkerung getragen werden, obwohl zum Zeitpunkt der Reform nur 26% der peruanischen Erwerbsbevölkerung rentenversichert waren. Dieser niedrige Deckungsgrad war jedoch nicht Gegenstand der jüngsten Rentenreform. Für vier Fünftel der peruanischen Bevölkerung bleibt das Problem der Alterssicherung also weiterhin ungelöst.

Die soziale Ungleichheit ist in Peru kein neues Phänomen; sie wird aber durch die jüngsten Maßnahmen institutionell festgeschrieben.

So wurde im Januar 1999 eine Gesundheitsreform verabschiedet, die den Versorgungsgrad in eine direkte Beziehung zur individuellen Zahlungsfähigkeit setzt. Wenn Alterssicherung, Gesundheitsversorgung und Bildung einer reinen Marktlogik unterworfen werden, so kann dies im peruanischen Kontext nur einem Übergang „vom scheinheiligen Universalismus zur aufrichtigen Diskriminierung“ gleichkommen (vgl. Javier Iguíñiz Echevarría: ¿Es excesivo el liberalismo peruano? In: DEBATE, Dezember-Januar 1996, S. 29).

### Die jüngste Wirtschaftskrise

Mehrere aufeinanderfolgende externe Schocks lösten in Peru Anfang 1998 eine Rezession aus, die bis heute andauert (siehe Tabelle 3). Das Klimaphänomen „El Niño“ erschütterte die peruanische Ökonomie – vor allem den Infrastruktur- und Agrarsektor – im Frühjahr 1998. Im Sommer 1998 folgten die Finanzkrisen in Asien und Rußland, die auch in Peru massive Kapitalabflüsse zur Folge hatten. Diese beliefen sich allein im dritten Quartal 1998 auf US\$ 987 Mio.

Tabelle 3: Peru: Aktuelle Wirtschaftslage 1998–1999						
Quartal	1998–I	1998–II	1998–III	1998–IV	1999–I	1999–II
Kumulierte Inflation der letzten 12 Monate (Quartalsdurchschnitt)	7,7	8,1	7,2	6,0	4,2	3,2
Bruttoinlandsprodukt (reale Veränderung in %)	2,8	–2,9	2,4	–0,6	1,1	4,3
Inlandsnachfrage (reale Veränderung in %)	7,8	–0,2	–1,5	–7,5	–10,5	–4,1
Laufende Einnahmen der Zentralregierung (in % des BIP)	15,4	13,4	13,8	13,6	14,4	11,6
Lage der öffentlichen Finanzen (in % des BIP)	1,0	1,1	–0,5	–4,6	–0,7	–1,8
Investitionen (in % des BIP)	27,6	24,9	24,0	20,9	23,1	21,3
Zinssätze* für Kredite in						
– <i>Nuevos Soles</i>	30,8	31,5	31,6	36,5	36,2	36,9
– US-Dollar	15,7	15,8	15,8	16,6	17,0	16,9
Saldo der Dollarkredite** (Veränderung in Mio. US\$)	453	408	333	–303	–120	6
Dollarisierung*** (Quartalsdurchschnitt)	65,9	66,0	68,1	69,4	71,4	71,3
Devisenreserven (Quartalsende, in Mio. US\$)	10.284	10.399	10.064	9.183	8.822	8.704
Kumulierte Abwertung des <i>Nuevo Sol</i> ****	3,3	3,5	4,7	3,1	3,0	–0,6
Saldo der Handelsbilanz (in % des BIP)	–5,9	–4,7	–3,1	–1,9	–1,1	–1,3

\* Durchschnittliche Nominalzinsen p.a.

\*\* Vergeben vom peruanischen Bankensystem

\*\*\* Dollarliquidität in Prozent der Gesamtliquidität

\*\*\*\* Abwertung gegenüber dem US\$

Quelle: Banco Central de Reserva del Perú (BCRP); eigene Berechnungen.

Im Winter 1998/99 schließlich sorgte die Brasilienkrise für weitere Turbulenzen in der peruanischen Volkswirtschaft. Die aktuelle peruanische Wirtschaftslage, deren Krisenhaftigkeit bis

vor wenigen Wochen vom Fujimori-Regime bestritten worden war, erfordert eine differenzierte Analyse.

Indes zogen die Preissteigerungsraten 1998 nur leicht an und erreichten inzwischen einen historischen Tiefststand (vgl. Tabelle 3). Auch im globalen BIP-Trend schlug sich die Rezession bislang kaum nieder: Lediglich in zwei Quartalen des letzten Jahres verzeichnete dieser Indikator einen Einbruch und weist nun wieder positive Wachstumsraten auf. Eine sektorale Analyse zeigt jedoch, daß der Industriesektor im ersten Halbjahr 1999 einen Rückgang von 4,7% erlebte, während die Bauwirtschaft um 16%, der Handel um 4,5% nachgaben. Die laufenden Einnahmen der Zentralregierung schrumpften seit Anfang 1998 um 25%, die Investitionen sanken um 23%. Die Wirtschaftskrise schlägt sich zudem in einem Einbruch der Inlandsnachfrage nieder, die in jedem der letzten drei Quartale um durchschnittlich 7,4% fiel. Eine deutliche Senkung des Handelsbilanzdefizits ergab sich jedoch nicht nur aufgrund dieses Nachfrageausfalls, sondern auch dadurch, daß sich der Dollar gegenüber dem *Nuevo Sol* im Laufe des Jahres 1998 um 15,4% verteuert hatte. Dies war die stärkste Abwertung der peruanischen Währung innerhalb der letzten fünf Jahre. Der ungebremste Abfluß von Devisenreserven ist jedoch ein Zeichen dafür, daß die prekäre außenwirtschaftliche Situation weiterhin andauert.

### **Neoliberalismus als Entwicklungsmodell?**

Die anhaltende Rezession hat unter peruanischen Ökonomen neue Diskussionen über die Adäquanz des eingeschlagenen neoliberalen Weges ausgelöst. Die vorgeschlagenen Alternativmodelle sind sehr unterschiedlich. Einige Volkswirte fordern eine weitere Verschärfung des orthodoxen Kurses. So soll nach der Wechselkurspolitik auch noch die Geldpolitik aufgegeben werden, indem nach argentinischem Vorbild die Zentralbank abgeschafft und durch ein „*Currency Board*“ ersetzt wird, das keine Geldpolitik mehr machen kann. Auch einer aktiven Fiskalpolitik könne man sich entledigen, würde man das Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts gesetzlich festschreiben, so die Ultraliberalen.

Nach Auffassung einer anderen Gruppe peruanischer Ökonomen ist hingegen eine fundamentale Neuformulierung der Entwicklungsstrategie vonnöten. In Anlehnung an das neue CEPAL-Konzept fordern sie, dem Staat sowohl in binnen- als auch in außenwirtschaftlicher Hinsicht eine aktivere entwicklungspolitische Rolle zuzuweisen. So sollen ein selbsttragendes Wachstum, eine gerechtere Verteilung und eine neue Art der Weltmarktintegration erreicht werden. Trotz aller fundamentaler Differenzen zwischen beiden ökonomischen Fraktionen besteht jedoch neuerdings ein breiter Konsens darüber, daß die peruanische Ökonomie in jedem Fall ihren marktwirtschaftlichen und offenen Charakter erhalten müsse.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Fujimori-Regierung seit 1990 einen radikalen Umbau der peruanischen Ökonomie betrieben hat. Nach neun Jahren Neoliberalismus ist es zwar gelungen, einige wichtige makroökonomische Variablen zu stabilisieren; ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum konnte jedoch bislang nicht erreicht werden (vgl. Tabellen 1 und 3). Die oben diskutierten monetären und außenwirtschaftlichen Schwachstellen deuten darauf hin, daß viele der jahrzehntealten strukturellen Probleme der peruanischen Volkswirtschaft weiterexistieren und durch die jüngsten neoliberalen Reformen nicht behoben werden konnten. Die abrupte Außenöffnung hat die Anfälligkeit der peruanischen Ökonomie gegenüber extern induzierten Krisen eher noch verstärkt. So wirkten sich die jüngsten internationalen Schocks nicht nur auf den peruanischen Wechselkurs, sondern auch auf die heimischen Zinssätze aus. Gleichzeitig wurde das wirtschaftspolitische Instrumentarium, das zum Krisenmanagement zur Verfügung stehen könnte, bewußt weiter reduziert.

Insgesamt ist Skepsis darüber angebracht, ob die bisherige marktradikale Strategie eine Entperipherisierung einleiten wird, von der breite Sektoren der Bevölkerung profitieren können. Bereits jetzt lehnen jedoch 79,1% der Befragten in einer aktuellen Umfrage (IMASEN) die gegenwärtige Wirtschaftspolitik ab. Wenn also nicht bald eine Verbesserung der



Lebensbedingungen der peruanischen Bevölkerung erreicht werden kann, dürfte die politische Akzeptanz für den bisherigen Kurs bald vollständig erodiert sein – sofern die peruanische Bevölkerung nicht wieder eine überraschende Lektion in Sachen „politischer Ökonomie der Geduld“ erteilt, und sei es auch nur aus Mangel an politischen Alternativen bei der nächsten Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2000.

#### Interessante peruanische Websites:

Zentralbank: <http://www.bcrp.gob.pe/>  
Statistisches Amt: <http://www.inei.gob.pe/>  
Wirtschaftsforschung: <http://www.consortio.org/>  
Jüngstes IWF-Abkommen:  
<http://www.imf.org/external/np/loi/mempub.htm>  
Verzeichnis wichtiger Links:  
<http://www.inei.gob.pe/inei4/enlaces/enlaces2.htm>

#### Weiterführende Literatur:

- Figueroa, Adolfo* (1998): Políticas macroeconómicas y pobreza en el Perú. In: Lanuza, Enrique / Taylor, Lance / Morley, Samuel (Hrsg.): Política macroeconómica y pobreza en América Latina y el Caribe. Madrid: Ediciones Mundi-Prensa, S. 713–739.
- Graham, Carol / Kane, Cheikh* (1998): Opportunistic Government or Sustaining Reform? Electoral Trends and Public-Expenditure Patterns in Peru, 1990–1995. In: Latin American Research Review, 33 (1), S. 67–104.
- International Monetary Fund* (1998): Peru: Selected Issues. IMF Staff Country Report No. 98/97. Washington, D.C.: IMF.
- Kiefer, Manfred* (1998): Die Rentenreform in Peru – Auswirkungen auf soziale Sicherung, Finanzmärkte und Staatsfinanzen. Entwicklung und Finanzierung, Bd. 4. Frankfurt/Main et al.: Peter Lang.
- Ugarteche, Oscar* (1998): La arqueología de la modernidad. El Perú entre la globalización y la exclusión. Lima: DESCO.
- World Bank* (1999): Poverty and Social Developments in Peru, 1994–1997. A World Bank Country Study. Washington, D.C.: The World Bank.

## Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation

### Beiheft Nr. 16

### Ekuador – Peru: Ein Jahrhundertkonflikt geht zu Ende

Hamburg 1999, 115 Seiten, Red. Mechthild Minkner-Bünjer und Peter Peetz, DM 15,00

Am 26. Oktober 1998 unterzeichneten die Präsidenten von Ekuador und Peru die *Acta Presidencial de Brasilia* über die Regelung des Grenzkonfliktes zwischen den beiden Ländern. Inzwischen sind die Verträge ratifiziert und ausgetauscht, der letzte Grenzpfahl in der Cordillera del Cóndor gesetzt worden. Damit ist die Grenze zwischen Ekuador und Peru erstmalig seit der Kolonialzeit mittels einer von beiden Ländern anerkannten völkerrechtlichen Grundlage geschlossen worden. Das vorliegende Heft gibt mit einer Chronologie, statistischen Daten, Karten und einem einführenden Aufsatz sowie mit Dokumenten zum Friedensschluß einen Überblick über die Entstehung und Entwicklung des Grenzkonflikts und über den Ablauf der Friedensverhandlungen. Ergänzt wird das Heft durch eine Bibliographie zu Ekuador.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-mail bezogen werden.

#### INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: [iikh@uni-hamburg.de](mailto:iikh@uni-hamburg.de) · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IK>